

Terror: Grenzwa­che rüstet auf

Gewalt Die Schweizer Grenz­wächter werden zunehmend mit schweren Waffen angegriffen. Nun kauft der Bund schwere Schutzwesten und Sturmgewehre.

Fabian Fellmann

Der Bund rüstet seine Grenz­wächter auf: Kurz vor Weih­nachten hat das Bundesamt für Rüstung (Armasuisse) einen Auftrag für die Beschaffung von 900 schweren ballistischen Schutzwesten ausgeschrieben. Diese sollen ab Sommer die Grenz­wächter besser vor Angriffen mit schweren Waffen und Messern schützen als die bisherigen leichten Schusswesten.

«In jüngster Vergangenheit setzen sowohl organisierte Kriminelle als auch Terroristen vermehrt schwere Waffen wie Sturmgewehre, zum Beispiel Kalaschnikows, ein», bestätigt David Marquis, Sprecher der Eidgenössischen Zollverwaltung, der das Grenz­wächterkorps angehört. «Gegen solche Waffen bieten Unterziehwesten keinen genügenden Schutz.»

Das Korps wolle den Ange­stellten «den bestmöglichen Schutz» bieten und «reagiert mit der Beschaffung von schweren Westen auf die neuen Bedro-

hungsformen», sagt Marquis weiter. Bisher habe das Grenz­wächterkorps nicht über eigene schwere ballistische Westen verfügt, solche bei Bedarf aber bei der Armee ausgeliehen.

Weste sei «unbequem»

Aus einsatztaktischen Gründen will die Zollverwaltung nicht kommunizieren, in welchen Situationen die Grenz­wächter auf die neue Ausrüstung zurückgreifen werden. Bereits nach den Terroranschlägen in Paris im vergangenen Jahr hatte das Grenz­wächterkorps seine Angestellten dazu angehalten, wenn immer möglich die Unterziehweste zu tragen. Allerdings beschwerten sich Gewerkschafter, die Weste sei unbequem. Das Korps reagiert nun auf die Kritik: Es gibt künftig eine Hülle ab, dank der die bestehende Schutzweste auch über dem Hemd getragen werden kann.

Roland Liebi, Präsident der Gewerkschaft des Zoll- und Grenz­wächterpersonals Garanto, sagt: «Ich begrüße es, wenn

jeder Grenz­wächter angemessen ausgerüstet ist.» Das Berufsbild des Grenz­wächters ändere sich mit den neuen Bedrohungen gegenüber früher. «Ich hoffe, wir brauchen das neue Material nicht im Ernstfall», sagt Liebi.

Zoll prüft Kauf von Gewehren

Das gilt auch für die «Langwaffe», mit der die Grenz­wächter in naher Zukunft ausgerüstet werden sollen, wie Finanzminister Ueli Maurer Mitte Dezember auf eine Frage im Nationalrat sagte. Mit der Bezeichnung «Langwaffe» sind Sturmgewehre gemeint. Maurer sagte im Parlament, angesichts der Bedrohungslage habe die Zollverwaltung ein entsprechendes Beschaffungsprojekt gestartet.

Es ist darum möglich, dass die 50 Soldaten, die Maurer zur Verstärkung des Grenz­wächterkorps einsetzen will, doch mit einem Sturmgewehr an der Grenze stehen würden, obwohl Maurer ebendies am Donnerstag an seiner Jahresmedienkonferenz in

Abrede gestellt hat. Laut Maurer soll die Zollverwaltung beim Kauf der Langwaffe Synergien mit dem Verteidigungsdepartement nutzen. Damit könnte das Sturmgewehr 90, wie es die Schweizer Soldaten bereits heute nutzen, in Zukunft auch zum Waffenarsenal der derzeit rund 2070 Angehörigen der Grenz­wache gehören.

Bisher tragen die Mitglieder des Grenz­wächterkorps nur Pistolen und leichte Maschinenpistolen auf sich, wie es auch in den meisten Polizeikörpern üblich ist. Diese rüsten wegen der Terrorgefahr derzeit ebenfalls auf: Die Kantonspolizeien von Bern, Aargau und St. Gallen haben Sturmgewehre angeschafft, welche auch von normalen Streifenpolizisten getragen werden sollen, wie das Schweizer Fernsehen Ende November berichtete. Bisher waren solch schwere Waffen in den meisten Kantonen den Sondereinheiten der Polizei vorbehalten. Um welche Gewehre es sich dabei handelt, ist nicht öffentlich bekannt.

Politiker fordern raschere Ausschaffungen

Islamisten Nach dem Terroranschlag in Berlin ertönt in der Schweiz die Forderung nach einer schnelleren Ausschaffung potenziell Gefährlicher in ihre Heimatländer. «Laut Medienberichten halten sich in der Schweiz zahlreiche gefährliche Personen auf, die sich ihrer Ausschaffung widersetzt haben», sagt der Luzerner FDP-Ständerat Damian Müller. «Durch Verbesserungen im Ausschaffungsvollzug könnte die Zahl dieser Personen in unserem Land gesenkt werden.»

Der mutmassliche Attentäter von Berlin, Anis Amri, konnte nicht nach Tunesien ausgeschafft werden, weil die dortigen Behörden die Reisepapiere nicht ausstellten. Auf ähnliche Probleme stossen die Schweizer Behörden. Algerien etwa akzeptiert gemäss Rückübernahmeabkommen von

2006 nur Ausschaffungen per Linienflug. Das bedeutet, dass die Schweiz Algerier faktisch nicht zurückbringen kann, wenn sich diese widersetzen. Schlagen sie um sich, verweigert die Crew von Linienflügen meist die Reise. Auch nach Marokko, mit dem kein Rückübernahmeabkommen existiert, sind Ausschaffungen nahezu unmöglich. «Hier besteht dringender Handlungsbedarf», sagt Müller. «Auszuschaffende mit nachgewiesener Nähe zur Terrororganisation IS müssen inhaftiert bleiben, bis sie unser Land verlassen. Ich fordere Präventivhaft für Terrorverdächtige.» An solchen Gesetzesänderungen arbeitet eine Experten­gruppe unter der Leitung der Bundesanwaltschaft in Zusammenarbeit mit den kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren. (ffe)

Gewerbeverband greift Bund an

Energiepolitik In einem Brief an Bundespräsidentin Doris Leuthard kritisiert der Schweizerische Gewerbeverband den Bundesrat scharf. «Mit Befremden» nehme der Verband die Wahl neuer Mitglieder in die Eidgenössische Energieforschungskommission (Core) zur Kenntnis, heisst es in dem Schreiben, das unserer Zeitung vorliegt. Core berät den Bundesrat und das Departement Leuthard in Fragen der Energieforschung. Die 15 Mitglieder starke Kommission konzipiert und überprüft die Energieforschung des Bundes. Mitte Dezember hat der Bundesrat drei Personen in die Kommission gewählt, weil drei das Gremium verlassen. Nach welchen Kriterien der Bundesrat entschieden habe, sei nicht klar, kritisiert der Verband.

Besonders sauer stösst dem Verband auf, dass Andreas Rothen, Geschäftsleiter der Act Cleantech Agentur, neu bei Core mitarbeiten wird. Die Agentur erarbeitet im Auftrag des Bundes mit Unternehmen Massnahmen zum Energiesparen. Dabei steht die von Umweltverbänden getragene Act in Konkurrenz zur Energieagentur der Wirtschaft.

«Agenturen müssen politisch neutral bleiben»

Der Gewerbeverband setze voraus, dass solche Agenturen unpolitisch sind und gleich behandelt werden, heisst es im Schreiben. Der stellvertretende Direktor, Henrique Schneider, sagt: «Die Energieagenturen nehmen eine Brückenfunktion zwischen dem Staat und der Wirtschaft ein. Sie müssen darum politisch neutral bleiben, ihre Mitglieder dürfen sich nicht in eine politische Kommission wählen lassen.» Act-Geschäftsleiter Rothen kontert: «Mein Engagement bei Core ist klar ein persönliches und steht nicht in Verbindung zu Act Cleantech Agentur.» Er sei überzeugt, die Kommission unterstützen zu können. (ffe)

Das Imperium schlägt zurück

Bundesratsfoto Die Kritik am Bundesrat kontert die Landesregierung mit einem offiziellen Foto in der Manier eines Filmplakats. Fürchten sollte sich aber niemand.

Man wähnt sich vor einem Filmplakat der unendlichen Reihe «Krieg der Sterne»: Auf dem neuen Bundesratsfoto lacht Königin Doris Leuthard machttrunken von der Spitze der Pyramide, während ihr Vize Alain Berset mit der dunklen Seite der Macht liebäugelt, die den Ausdruck von Didier Burkhalter und Ueli Maurer bereits zu prägen scheint. Johann Schneider-Ammann bleibt nur ein seliges Lächeln im Gedenken an seine zerronnene Macht, Simonetta Sommaruga wirkt ent­rückt, als meditiere sie mit Master Yoda persönlich, und Guy Parmelin wähnt sich im falschen Film. Aus dem Rahmen fällt Bundeskanzler Walter Thurnherr, der dreinschaut wie ein treuherziger Hobbit aus der Konkurrenzfilmserie «Herr der Ringe».

«Das Imperium schlägt zurück», signalisiert die Karte, die gestern am Ende eines Jahres erschienen ist, in welcher der Bundesrat harte Kritik einstecken musste, etwa für seine schwache Rolle bei der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative und in der Europapolitik. Zu fürchten braucht sich vor dieser Landesregierung jedoch niemand. Nicht nur weil niemand so recht zum Bösewicht taugt, sondern weil die sieben Bundesräte und der Bundeskanzler erstmals seit 1993 nicht gemeinsam posieren. Das Foto, gestaltet vom Thuner Fotografen Beat Mumenthaler, ist eine Collage von Einzelporträts über einem Band mit den Umrissen der acht Magistraten. Wir lernen: Den Krieg der Sterne führen die Bundesräte nicht miteinander, sondern gegeneinander. Möge die Macht mit ihnen sein. (ffe)

WWW.

Mehr zum Bundesratsfoto: luzernerzeitung.ch/bonus



Das offizielle Bundesratsfoto 2017, gestaltet auf Wunsch von Bundespräsidentin Doris Leuthard.

Bild: Beat Mumenthaler/Bundeskanzlei

US-Botschafterin lobt Berufslehren

Bern Die abtretende US-Botschafterin in der Schweiz, Suzi LeVine, hat sich vorgenommen, nach ihrer Rückkehr in ihrer Heimat die Werbetrommel für Berufslehren zu rühren. Das duale Berufsbildungssystem sei eine «grosse Entdeckung» gewesen für sie. Sie vermute, dass ihr neues Tätigkeitsfeld mit Berufslehren zu tun haben werde, sagte LeVine in einem Interview mit «Tages-Anzeiger» und «Der Bund» gestern auf eine Frage nach ihren Zukunftsplänen.

«Ich möchte in meiner Heimatstadt Seattle die duale Berufsbildung verbreiten.» Das Bildungssystem in der Schweiz, das sie auch im Kontakt mit Firmen und Lehrlingen kennen gelernt habe, habe sie und ihren Mann «unglaublich beeindruckt».

Ihr grösster Erfolg in ihrer Zeit als Botschafterin in Bern hängt auch mit Berufslehren zusammen, wie sie sagt: die Absichtserklärung zwischen der Schweiz und den USA, bei der Berufsbildung zusammenzuarbeiten. «Und ich konnte über 20 Schweizer Firmen dazu bewegen, in den USA solche Ausbildungsplätze zu schaffen.» Als weiteren Erfolg verbucht LeVine für sich, dass nach ihren Angaben nun wieder 24 Schweizer Banken US-Bürger als Kunden aufnehmen. LeVine wird ihre Amtszeit am 20. Januar beenden. (sda)

ANZEIGE

Stiftsschule Engelberg
Abby School Since 1120

Zweisprachige Maturität
IB World School

Tel +41 (0)41 639 62 11
www.stiftsschule-engelberg.ch